

Die Stadtverordnetenversammlung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr

Stadt Weiterstadt · Riedbahnstraße 6 · 64331 Weiterstadt

Mitglieder
des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
und des Magistrates

64331 Weiterstadt

Sachbearbeitung

Annette Zettel

☎ 06150/400-1404 · 📠 06150/400-1409

✉ parlamentarischesbuero@weiterstadt.de

Zimmer-Nr. 609

Rathaus

Riedbahnstraße 6

64331 Weiterstadt

☎ 06150/400-0

<http://www.weiterstadt.de>

Öffnungszeiten

Montag - Freitag 8:00 - 12:00 Uhr

Mittwoch 14:00 - 18:00 Uhr

Unser Zeichen I/FD 4/001-10/Ze

Datum 24. Juli 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur 16. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr lade ich Sie herzlich ein für

**Montag, 12. August 2019 um 19:00 Uhr
im Rathaus, Sitzungsraum Verneuil sur Seine, Riedbahnstraße 6.**

Auf die beiliegende Tagesordnung, die Bestandteil der Einladung ist, wird verwiesen.

Die Mitglieder des Ausschusses können sich im Einzelfall durch andere Stadtverordnete vertreten lassen (§ 62 Abs. 2 HGO). Sollten Sie verhindert sein, verständigen Sie bitte eine Vertreterin oder einen Vertreter.

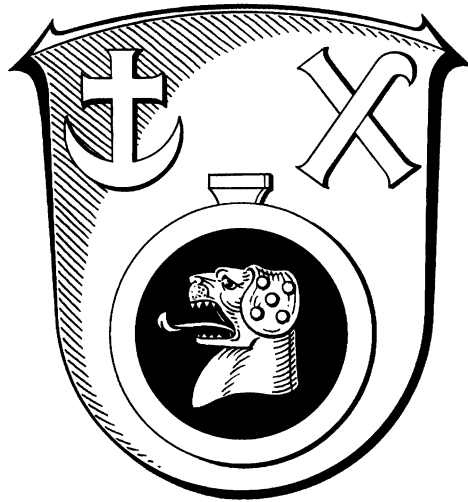
Mit freundlichen Grüßen

Dr. Alexander Koch
Vorsitzender

F.d.R.

Tagesordnung
zur 16. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
am 12. August 2019 um 19:00 Uhr

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 6. Juni 2019	
2. Vorlage eines Umweltberichtes; Antrag der ALW-Fraktion	10/0777
3. Förderung von Bio-, Fairtrade- und Ökoprodukten in Weiterstadt; Sachstandsbericht	10/0686/2
4. "Engel der Kulturen"; Prüfauftrag	10/0594/2



NIEDERSCHRIFT

15. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr der Stadt Weiterstadt

10. Legislaturperiode 2016/2021

am	6. Juni 2019
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	20:10 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Harnischfeger, Lukas
Hofmann, Heike
Koch, Dr. Alexander
Kurpiers, Christian

CDU-Fraktion

Köhler, Lutz
Nungesser, Werner

ALW-Fraktion

Möllmann, Martin
Wächter, Gunter

FWW-Fraktion

Weldert, Kurt

Präsidium Stadtverordnetenversammlung

Pohl, Dr. Barbara

Magistrat

Berger, Manfred
Fischer, Willi
Geter, Stephan
Hasenauer, Josef
Möller, Ralf
Pohl, Edgar
Thalheimer, Werner

Ausländerbeirat

Tomasulo, Maria Donata

Seniorenbeirat

Jacob, Dieter

Schriftführung

Heß, Martin

Verwaltung

Latocha, Georg

Presse

Darmstädter Echo: Wickel, Dr. Marc

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr, Dr. Alexander Koch, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 28. März 2019	
2. Entwicklung eines städtebaulichen Konzeptes für Apfelbaumgarten 2; Abschlussbericht	10/0073/17
3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Am Kirchpfad“ in Weiterstadt, Gemarkung Braunshardt Abwägungs- und Satzungsbeschluss	10/0543/3
4. Kommunaler Aktionsplan zur Vermeidung und Verzicht von Plastikeinwegprodukten; Antrag der ALW-Fraktion	10/0728

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 28. März 2019

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt als festgestellt.

Tagesordnungspunkt 2
Entwicklung eines städtebaulichen Konzeptes für Apfelbaumgarten 2;
Abschlussbericht
Drucksache: 10/0073/17

Der Sachverhalt wurde am 7. Mai 2019 im Magistrat beraten und gemäß § 10 der Geschäftsordnung direkt an den Ausschuss für Stadtentwicklung Umwelt und Verkehr weitergeleitet.

Als Tischvorlage liegt zu Tagesordnungspunkt 2 der gemeinsame Ergänzungsantrag der SPD- und FWW-Fraktion, Drucksache 10/0073/18 vor.

Der Vorsitzende verweist auf die Tischvorlage. Der Ergänzungsantrag wird von der FWW-Fraktion erläutert. Fragen zum Sachverhalt hinsichtlich des städtebaulichen Konzeptes werden von Bürgermeister Möller und dem Fachbereichsleiter Bauamt beantwortet.

Nach eingehender Diskussion lässt der Vorsitzende jeweils nacheinander über die beiden Drucksachen abstimmen. Ergänzend zu dem bisherigen Beschlussvorschlag wird ein Punkt 2 hinzugefügt.

Protokollnotiz:

Die der Nachricht nachrichtlich beizufügende Antwort auf die Frage der ALW Fraktion hinsichtlich des Flächenbedarfs der geplanten Umgehungsstraße lautet: „maximal 5 Hektar“.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die vom Büro Schneider + Schumacher und der e-netz Südhessen erarbeitete Lösungsvariante „Grünes Rückgrat“ und der Abschlussbericht zum Masterplan vom 29. April 2019 werden als sonstige städtebauliche Planung gemäß § 1 Abs. 6 Nr.11 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

- | | | |
|---|--------------|----------------|
| 5 | Ja-Stimmen | (1 FWW, 4 SPD) |
| 4 | Nein-Stimmen | (2 CDU, 2 ALW) |

2. Der Magistrat wird beauftragt, Möglichkeiten, Mittel und Partner zu prüfen, um eine Projektgesellschaft „Apfelbaumgarten 2“ zu gründen. Dabei soll auch dargelegt werden, ob neben der Stadt als Gesellschafter ein oder mehrere Partner sinnvoll sind. Ziel dieser Projektgesellschaft ist die Entwicklung des Neubaugebietes Apfelbaumgarten 2. Bei der Auswahl der möglichen Gesellschafter ist darauf zu achten, dass die Stadt bei der Entwicklung und dem Verkauf der Grundstücke wesentlichen Einfluss nehmen kann. Entsprechende Vorschläge und Konzepte der infrage kommenden Gesellschafter sind der Stadtverordnetenversammlung spätestens vor den Haushaltsberatungen 2020 vorzulegen

Abstimmungsergebnis:

- | | | |
|---|------------|------------------------------|
| 8 | Ja-Stimmen | (2 CDU, 1 ALW, 1 FWW, 4 SPD) |
| 1 | Enthaltung | (1 ALW) |

Tagesordnungspunkt 3
Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Am Kirchpfad“ in Weiterstadt, Gemarkung
Braunshardt
Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Drucksache: 10/0543/3

Der Sachverhalt wurde am 7. Mai 2019 im Magistrat beraten und gemäß § 10 der Geschäftsordnung direkt an den Ausschuss für Stadtentwicklung Umwelt und Verkehr weitergeleitet.

Nach kurzer Erörterung lässt der Vorsitzende über die Ziffern 1 bis 5 der Drucksache gemeinsam abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die in der Anlage 1 befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen mit Hinweisen und Anregungen werden als Stellungnahmen der Stadt Weiterstadt und somit als Abwägung i.S.d. § 1 Abs. 7 BauGB beschlossen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, welche Anregungen zum Inhalt des vorhabenbezogenen Bebauungsplans vorgebracht haben, vom Ergebnis der Abwägung mit Angabe der Gründe zu unterrichten.
3. Der § 12 Abs. 3a BauGB findet Anwendung. Entsprechend § 9 Abs. 2 BauGB ist festgesetzt, dass im Rahmen der festgesetzten Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabensträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.
4. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Am Kirchpfad“ in der Fassung zur Offenlage (s. Anlage 2) bestehend aus dem Planteil und dem Textteil zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu 1. gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 und 3 HBO in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 198) als Satzung beschlossen und die Begründung hierzu gebilligt.
5. Es wird festgestellt, dass mit der beschlossenen Anpassung des Planinhaltes die Grundzüge dieser Bauleitplanung nicht berührt werden und es sich um keine Planänderung im materiell-rechtlichen Sinne handelt, sondern lediglich um eine Präzisierung und positive Konkretisierung eines bestehenden Planinhaltes. Eine erneute Auslegung i. S. d. § 4a Abs. 3 BauGB, wonach der Entwurf erneut auszulegen ist, wenn der Bauleitplan nach dem Verfahren nach § 3 Abs. 2 oder § 4 Abs. 2 geändert oder ergänzt wird, ist daher nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

- | | | |
|---|-------------|------------------------------|
| 8 | Ja-Stimmen | (2 CDU, 1 ALW, 1 FWW, 4 SPD) |
| 1 | Nein-Stimme | (1 ALW) |

Tagesordnungspunkt 4

Kommunaler Aktionsplan zur Vermeidung und Verzicht von Plastikeinwegprodukten; Antrag der ALW-Fraktion

Drucksache: 10/0728

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 11. April 2019 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Zum vorliegenden Antrag der ALW-Fraktion wird auf der heutigen Sitzung von der FWW-Fraktion ein gemeinsamer Änderungsantrag der SPD- und FWW-Fraktionen zur Thematik „Vermeidung und Verzicht von Plastikeinwegprodukten“ vorgelegt. Der Änderungsantrag ist der Niederschrift beigelegt.

Bürgermeister Möller erläutert bereits laufende und geplante Maßnahmen innerhalb der Stadtverwaltung und den städtischen Einrichtungen zur Vermeidung von Plastikmüll. Nach kurzer Diskussion einigt man sich einvernehmlich im Gremium darauf, den Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FWW als Ausschussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung anzunehmen und ausschließlich über den Änderungsantrag abstimmen zu lassen.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

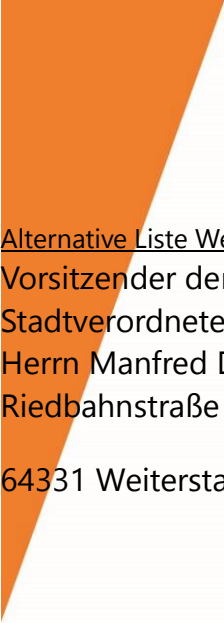
Der Magistrat wird beauftragt,

1. in den kommunalen Einrichtungen, kommunalen Betrieben sowie bei städtisch organisierten Veranstaltungen soweit wie möglich auf den Einsatz von Einwegplastikprodukten zu verzichten. Insbesondere in den Bereichen, in denen es Alternativprodukte gibt, die einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft wie Mehrweg- oder Recyclingprozessen zugeführt werden können,
2. eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen, um die Weiterstädter Bürger und Bürgerinnen zum Mitmachen beim Verzicht auf Einwegkunststoffprodukten zu bewegen. Hierbei könnten die Stadt mit ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen als Vorbildfunktion aktiv werden,
3. nach einem Jahr einen Bericht der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen, indem aufgezeigt wird
 - a. welche Maßnahmen zur Vermeidung von Einwegkunststoffprodukten ergriffen wurden,
 - b. welche Auswirkungen der Verzicht von Kunststoffeinwegprodukten auf die Beschaffungsmaßnahmen hat,
 - c. wo weiterhin aufgrund fehlender Alternativangeboten oder unrentablem Einsatz auf Kunststoffeinwegprodukte zurückgegriffen werden muss.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Dr. Alexander Koch
Vorsitzender

Martin Heß
Schriftführung



Alternative Liste Weiterstadt

Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung
Herrn Manfred Dittrich
Riedbahnstraße 6
64331 Weiterstadt



ALW transparent
ökologisch
sozial
Alternative Liste Weiterstadt
Riedbahnstraße 6
64331 Weiterstadt
Telefon: +49 6150 52603
E-Mail: gwaechter@alw-weiterstadt.de

Weiterstadt, 11.Juni 2019

Antrag: Der Magistrat wird aufgefordert, den ausstehenden Umweltbericht dem Parlament umgehend vorzulegen

Sehr geehrter Herr Dittrich,
bitte nehmen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Der Umweltbericht ist umgehend vorzulegen**
- 2. Der Umweltbericht wird regelmäßig fortgeschrieben**
- 3. Die Inhalte des Umweltberichtes werden angepasst**

Begründung: Darstellung und Analyse der Umweltsituation haben in den letzten Jahren in den Kommunen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Gründe dafür sind nicht allein das Zunehmen von Umweltbelastungen und der allgemeine Wissenszuwachs, sondern vor allem die gestiegene politisch gesellschaftliche Bedeutung des Umweltschutzes, die Ausweitung der Umweltgesetzgebung und nicht zuletzt das geschärfte Umweltbewusstsein in der Bevölkerung.

Heute sind kommunale Umweltberichte längst nicht mehr Umweltberichte nach BauGB bei akuten Planungsfällen, sondern Umweltberichte dienen:

1. Der Sensibilisierung der Kommunalpolitik und der gesamten Verwaltung für Umweltprobleme

Fraktionsvorsitz: Gunter Wächter * Schulstraße 31 * 64331 Weiterstadt
Telefon: 06150/52603 * E-Mail: gwaechter@alw-weiterstadt.de



-
2. Der Kritischen Bilanzierung der kommunalen Umweltaktivitäten
 3. Der Unterrichtung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Es ist allseits bekannt, dass Weiterstadt unter einer enormen Lärmbelastung leidet, dass Radwege fehlen und der ÖPNV nur unzureichend ausgebaut ist, dass ein neues Baugebiet aufgelegt werden soll, demzufolge wiederum viele Flächen versiegelt werden und sowohl der Naherholungsraum der gesamten Bevölkerung, als auch die Anbauflächen für unsere Landwirte immer kleiner werden.

Es ist uns bewusst, dass Weiterstadt als Zuzugsgebiet auch Wohnraum benötigt, doch ohne eine sorgfältige Abwägung der Interessen des Naturschutzes, der Verkehrssituation, den Interessen der Landwirtschaft und der gesamten Bevölkerung kann keine sinnvolle Planung erfolgen.

Ein informativer Umweltbericht wäre auch zu diesem Thema sehr hilfreich.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.



Mit freundlichen Grüßen,
Gunter Wächter
Fraktionsvorsitzender

Vorlage an

Ausschuss für Soziales und Kultur für die Sitzung am
--

Förderung von Bio-, Fairtrade- und Ökoprodukten in Weiterstadt; Sachstandsbericht

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Weiterstadt unterstützt im Rahmen des kommunalen Beschaffungswesens die Verwendung fair gehandelter Produkte und leistet Bildungsarbeit über die lokalen Medien.
2. Die Kriterien für die Beantragung und Vergabe des Zertifikates „Fairtrade-Kommune“ werden zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt:

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14. März 2019 zur Drucksache 10/0686, „Förderung von Bio-, Fairtrade- und Ökoprodukten in Weiterstadt“ wurde die Verwaltung beauftragt, bei kommunalen Anschaffungen nach Möglichkeit auf Fairtrade- sowie Bio- bzw. Ökoprodukte zurückzugreifen, sofern dem keine rechtlichen Voraussetzungen entgegenstehen.

Weiterhin wurde der Magistrat mit der Prüfung beauftragt, welche Voraussetzungen zum Erhalt der Auszeichnung „Fairtrade-Kommune“ notwendig sind.

Kommunales Beschaffungswesen

Bei der Beschaffung und Verwendung von Lebensmitteln in den kommunalen Einrichtungen wird bereits auf Bio-, Öko- und Fairtrade-Produkte geachtet. Besonders in den Kindertageseinrichtungen werden der Einkauf und die Verwendung von regionalen Nahrungsmitteln bereits umgesetzt.

Auch im sonstigen Beschaffungswesen (Stoffe, Möbel, etc.) wird, soweit möglich, auf entsprechende Produkte zurückgegriffen.

Ziel ist der weitere Ausbau der Beschaffung und die verantwortungsvolle und nachhaltige Verwendung von Produkten aus der Region.

Die Verwaltung wurde mit der Prüfung beauftragt, inwieweit die Verwendung von Ökoprodukten oder regionale Bioprodukte sich auf eine Preiserhöhung der Kitaessen auswirken.

Ergebnis:

Nach einer Abfrage in den Kindertagesstätten würde sich der Elternbeitrag beim gängigsten Caterer um 50 Cent erhöhen. Das Essen hätte dann Bio-Qualität. Allerdings müsste eine Mindestabnehmeranzahl erfolgen. Wie hoch diese sein muss, konnte von dem Caterer noch nicht beantwortet werden.

Zertifizierung „Fairtrade-Kommune“

Drucksache 10/0686/2

Das Zertifikat „Fairtrade-Kommune“ wird von einer anerkannten Fair-Trade-Zertifizierungsstelle vergeben. Zertifizierungsstelle in Deutschland ist der Verein „TransFair“, Verein zur Förderung des Fairen Handels in der Einen Welt, in Köln.

Um dieses Zertifikat zu erhalten, muss eine Stadt fünf Kriterien erfüllen, die im Bewerbungsverfahren nachzuweisen sind:

1. Die Stadtverordnetenversammlung übergibt der Zertifizierungsstelle eine Resolution, in der sie erklärt, Fairen Handel zu unterstützen. Bei allen Sitzungen der städtischen Gremien sowie im Bürgermeisterbüro wird fair gehandelter Kaffee und ein weiteres Produkt aus fairem Handel ausgeschenkt.
2. Es ist eine Steuerungsgruppe zu bilden, die auf dem Weg zur Fairtrade-Kommune und darüber hinaus die Aktivitäten vor Ort koordiniert und den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern herstellt. Diese Steuerungsgruppe besteht aus mindestens drei Personen, aus den Bereichen Politik (Gremien, Parteien, städtische Verwaltung), Wirtschaft (Einzelhandel, Handel, Gastronomie) und Zivilgesellschaft (Schulen, Vereine, Kirchen, Lokale Agenda-Gruppen). Die Leiter*in der Steuerungsgruppe vertritt die Gruppe nach außen.
Zudem ist es wünschenswert, dass weitere Akteur*innen in der Steuerungsgruppe vertreten sind, wie z. B. aus der lokalen Presse, der Wirtschaftsförderung oder dem Stadtmarketing.

Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Steuerungsgruppe gehören

- die Erfüllung der Kriterien auf dem Weg zur Fairtrade-Kommune
 - das Setzen von Schwerpunktthemen für den fairen Handel vor Ort
 - die Koordination und Organisation von Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
 - die Gewährleistung von Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten.
3. In den lokalen Einzelhandelsgeschäften und bei Floristen sowie in Cafe's und Restaurants werden mindestens zwei Produkte aus fairem Handel angeboten. Die Beteiligung der Verkaufsstellen und Betriebe ist nachzuweisen.
 4. Öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Vereine und Kirchengemeinden setzen Informations- und Bildungsaktivitäten zu fairem Handel um und bieten Produkte aus fairem Handel an. Es muss hierzu mindestens jeweils eine Schule, ein Verein und eine Kirchengemeinde gewonnen werden, deren Engagement in den Bewerbungsunterlagen nachzuweisen ist.
 5. Die Steuerungsgruppe macht Öffentlichkeitsarbeit über die Aktivitäten zum Thema Fairtrade in der Kommune. Medienberichte über die Fair-Trade-Aktivitäten sind vorzuweisen.

Die Prüfung der Bewerbung zur Fairtrade-Kommune durch die Zertifizierungsstelle nimmt, je nach Qualität und Vollständigkeit der Unterlagen, etwa sechs bis acht Wochen in Anspruch. Voraussetzung für die Antragstellung ist insbesondere, dass die Aktivitäten zum Nachweis der fünf Kriterien bereits umgesetzt werden und zu dokumentieren sind.

Der Titel „Fairtrade-Kommune“ wird bei der ersten Anerkennung für zwei Jahre vergeben, anschließend werden die Vorgaben verschärft.

Der Erfolg einer Kampagne zur Fairtrade-Stadt ist in erster Linie von der gezielten Förderung von fairem Handel in allen Bereichen des städtischen Lebens sowie ganz entscheidend vom

Drucksache 10/0686/2

Engagement aller beteiligten Akteure abhängig. Hierzu bedarf es einer intensiven Begleitung durch die einzusetzende Steuerungsgruppe, die bei den mit dem Zertifikat ausgezeichneten Kommunen, überwiegend auf ehrenamtlicher Basis erfolgt. Zur erforderlichen Begleitung und Steuerung des Projektes sind zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen erforderlich.

Der Sachverhalt wurde am 4. Juni 2019 im Magistrat beraten

Ralf Möller
Bürgermeister

Vorlage an

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am 27.06.2019

"Engel der Kulturen"; Prüfauftrag

Beschlussvorschlag:

Der Prüfbericht zur Machbarkeit des Kunstprojekts „Engel der Kulturen“ wird zur Kenntnis genommen

Sachverhalt:

Die Künstler Carmen Dietrich und Gregor Merten führen auf Einladung von Kommunen oder anderen Institutionen seit 2010 das Projekt „Engel der Kulturen“ durch. Mittlerweile hat es in über 129 Städten und Gemeinden stattgefunden.

Die Aktion selbst findet an einem Tag unter Mitwirkung der Bevölkerung statt, kann aber im Rahmen von Projekten vorbereitet werden. Hierfür stellen die Künstler verschiedene Formate bereit, die aber nicht Teil der Kunstaktion sind und daher zusätzlich beauftragt und vergütet werden müssen.

Die Kosten für die Kunstaktion betragen 3.500,00 €, darin sind enthalten:

- Vorbereitung der Boden-Intarsie mit Aluminium-Passepartout und umgebendem Pflasterahmen in Kooperation mit der Stadt
- Boden-Intarsie
- Einbindung der Stadt in die Engel der Kulturen-Säule für Jerusalem (Errichtung 2020)
- 100 Engel der Kulturen-Kleinobjekte zur Etablierung der Aktion im Vorfeld und zur Einwerbung von Finanzmitteln

Hinzu kommen die Kosten für einen zwei- bis dreitägigen Hotelaufenthalt während der Kunstaktion (300,00 - 400,00 €)

Als möglichen Ort für die Verlegung der Intarsie käme der Kirchplatz/Dalles als zentraler Platz in Frage. Alternativen hierzu wären der Marktplatz, der „Alte Friedhof“ oder Postplatz (Standort der ehemaligen Synagoge).

Nach Aussage der Künstler wäre eine Umsetzung der Aktion noch im Jahr 2019 zu priorisieren, da im nächsten Jahr die Aufstellung der Säule in Jerusalem einen engen Zeitplan vorgibt.

In Weiterstadt gibt es neben dem ökumenischen Arbeitskreis „AK Asyl“ keine weitere Gruppe, die den interkulturellen oder interreligiösen Dialog bisher fördert und befragt werden kann. Sowohl der „AK Asyl“ als auch der Präventionsrat sehen momentan keine Ressourcen das Projekt umzusetzen. Auf die Anfragen an die evangelische Kirchengemeinde sowie die zuständigen Fachschaften an der Albrecht-Dürer-Schule gab es bisher keine positive Resonanz.

Drucksache 10/0594/2

Ohne tatkräftige Unterstützung von Akteuren und/oder Institutionen vor Ort ist das Projekt kaum umsetzbar.

Finanzierung:

Für die Kunstaktion können über Spenden und Zuwendungen Finanzmittel generiert werden. Im Haushalt sind hierfür keine Mittel eingestellt.

Der Sachverhalt wurde am 4. Juni 2019 im Magistrat beraten.

Ralf Möller
Bürgermeister

Anlage:

Informationsmaterial zum Kunstprojekt „Engel der Kulturen“ (12 Seiten)



Engel der Kulturen

Kunstprojekt zur Förderung des
interkulturellen/ interreligiösen Dialogs

Engel der Kulturen

In unserer globalisierten Welt ist ein friedliches und respektvolles Miteinander der Menschen bei aller Unterschiedlichkeit von Herkunft, Kultur und Weltanschauung Grundlage für eine lebenswerte Zukunft. Dies wird erst durch gegenseitiges Kennenlernen und intensiven Austausch möglich.

Unser Kunstprojekt **Engel der Kulturen** befördert durch Aktionen im öffentlichen Raum die interkulturelle/ interreligiöse Begegnung und erweitert den von verschiedenen Gruppen der Gesellschaft geführten Dialog um eine sinnlich erlebbare Komponente.

In diese Performances werden BürgerInnen, VertreterInnen der Öffentlichkeit und der verschiedenen Religionsgemeinschaften sowie besonders auch junge Menschen eingebunden. Durch kollektives Handeln entsteht so nach und nach eine **soziale Plastik**, die durch die Verknüpfung verschiedenster Städte und Länder erkennbar und bleibend den Wunsch der Mehrheitsgesellschaft nach einem Zusammenleben in versöhnter Verschiedenheit zum Ausdruck bringt und verankert.

Bei den Kunstaktionen und deren Vorbereitung an den jeweiligen Stationen kommt es zu regem Austausch und zur Klärung unterschiedlicher Positionen zwischen Angehörigen verschiedener Religionen und kultureller Prägung. Dieser Dialog manifestiert sich am Tag der eigentlichen Kunstaktion und wird im Nachhinein fortgeführt. In beteiligten Schulen wird durch inhaltliche und kreative Beschäftigung mit dem Symbol das Projekt und dessen Intention im Unterricht verstetigt.

An den auf den nachfolgenden Seiten genauer beschriebenen Aktionen beteiligen sich Städte in Deutschland und im europäischen Ausland, - auf unserem Weg zu den Kulturhauptstädten Europas im Jahr 2010 schwerpunktmäßig osteuropäische Städte - und setzen durch gemeinschaftliches Handeln ein klares Zeichen für Frieden und Versöhnung.

Das Kunstprojekt tritt spaltenden Tendenzen in der formalen Logik des Bildes entgegen:

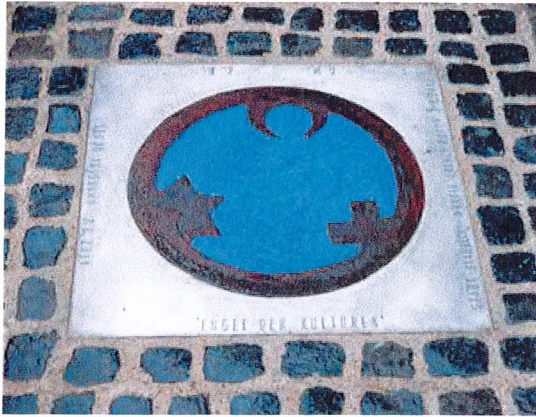
Aus diesem Kreis ist keine Gruppe herauszulösen, ohne daß alle anderen erkennbar mitbeschädigt werden.

So steht **Engel der Kulturen** immer auch als klares Statement gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamophobie, Fundamentalismus und die damit einhergehende Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen.

In dieser Haltung verfolgt das Projekt ein weiteres Ziel: eine Skulptur für die Nahost-Region. Konkret wächst über Jahre eine zusammengesetzte Säule, deren einzelne Elemente bei jeder Aktion durch die Beteiligung der Bevölkerung entstehen (siehe Aktion Verlegung der Bodenintarsie). Deren Aufstellung ist geplant für Jerusalem und soll dort dokumentieren, wie viele Menschen eintreten für ein Zusammenleben in versöhnter Verschiedenheit und dafür an den verschiedensten Orten Zeichen gesetzt haben, aus denen sich gleichzeitig eine **Skulptur der Solidarität** für diese konfliktreiche Region formt. So soll die Vielzahl der handschriftlich entstanden Teile, aus denen diese Säule gebildet wird, im Nahen Osten einen Impuls geben, nicht nachzulassen in dem Bemühen um einen gerechten Frieden, und zum Ausdruck bringen, daß die Menschen in Europa und darüber hinaus an ihrer Seite stehen.

Carmen Dietrich und Gregor Merten





Die dauerhafte Bodenintarsie

Während dieser Kunstaktion wird der **Engel der Kulturen** in Form des Rings aus Stahl, blau eingefärbtem Spezialbeton und einem Rahmen aus Aluminium in den Boden eingelassen. Dieses nachhaltige Zeichen wird auf öffentlichen Plätzen, an Gotteshäusern der verschiedenen Glaubensrichtungen, an Schulen oder anderen Institutionen installiert.



Im Rahmen eines vor Ort vorbereiteten interkulturellen Festes legen VertreterInnen der jeweiligen Stadt, der Religionsgemeinschaften und Schulen sowie BürgerInnen Hand an beim Einlassen der Intarsie.



Im Anschluß an die Verlegung wird mit Einsatz eines Schneidbrenners das gleiche Zeichen für die nächste Stadt hergestellt.

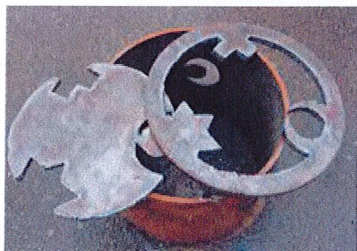
Auch dabei werden die Anwesenden – besonders gerne Jugendliche – aktiv einbezogen, da sich durch die handwerkliche Umsetzung ein Bild wie das des **Engels der Kulturen** besonders gut einprägt.

Durch die Mitwirkung verschiedener Beteiligter bekommt das Ergebnis dieses Prozesses einen originären und handschriftlichen Charakter.

Nach dem Ausbrennen werden die Teile mit dem Vorschlaghammer voneinander getrennt.

So entsteht der Ring, der später im Atelier mit blau eingefärbtem Beton ausgegossen zur Bodenintarsie für die nachfolgende Station weiterverarbeitet wird.

Indem BürgerInnen der einen Stadt die Bodenintarsie für die nächste auf diese Weise herstellen, verbinden sich Beteiligte und Orte symbolisch im Gedanken einer gemeinsamen Verantwortung für ein friedliches und respektvolles Miteinander.



Die Säule für Jerusalem

Die bei jedem Ausbrennen des Zeichens jeweils ebenfalls entstehenden inneren Formen des Engels werden an ihrem Rand mit Ort und Datum der Aktion versehen, aufeinander geschichtet und bilden so die nach und nach wachsende Säule für Jerusalem.

Alle beteiligten Städte tragen einander in dieser Skulptur und bekunden damit ihren Wunsch nach einem Zusammenleben in versöhnter Verschiedenheit in ihrer Stadt, in ihrem Land, in der Nahost-Region und überall auf der Welt.





Temporäre Aktion mit der rollenden Skulptur

Die überall eingesetzte Skulptur des **Engels der Kulturen**, ein Stahlhohlkörper mit einem Durchmesser von 1,50 Meter, wird mit der Bevölkerung zu Glaubenseinrichtungen der verschiedenen Religionsgemeinschaften, Gedenkstätten, Schulen sowie anderen öffentlichen Einrichtungen und Plätzen bewegt, wo jeweils ein Sandabdruck erzeugt wird. Vertreter der Religionen, Schulen und Öffentlichkeit bringen durch ihre gemeinsame aktive Teilnahme ihre Bereitschaft zu Zusammenarbeit und Austausch zum Ausdruck.

Die Kunstaktion mit der rollenden Skulptur wird vor der Verlegung einer dauerhaften Bodenintarsie durchgeführt und dient nicht nur der Einbindung von Angehörigen der besuchten Einrichtungen, die im Weiteren den Weg der Skulptur begleiten und an der Verlegung der Intarsie teilnehmen, sondern auch der Wahrnehmung und Teilhabe einer breiteren Öffentlichkeit.

An den Stationen auf dem Weg wird die Skulptur zur Seite gelegt und das Innere des Rings mit einer Schicht weißen Quarzsandes gefüllt.

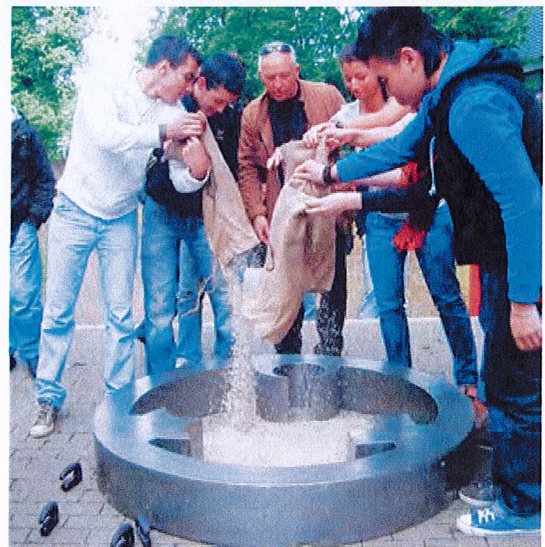


Es werden von verschiedener Seite Beiträge geleistet, Ansprachen, musikalische Vorträge, Theater, Friedensgebete etc.

Nachdem der Sand verteilt ist, helfen Anwesende, den Ring mit Schwerlastmagneten wieder aufzustellen, und das vergängliche Bild des Engels bleibt zurück.



Durch das wiederholte Erzeugen der temporären Sandabdrücke auf dem Weg der rollenden Skulptur leuchtet gleichzeitig an verschiedenen Orten der jeweiligen Stadt dieses Symbol auf und wirbt so für ein friedliches und respektvolles Miteinander der Kulturen.





Abraham-Karawane Engel der Kulturen

Im Mai 2010 startet der Engel der Kulturen als Abraham-Karawane von Essen/ Ruhrgebiet aus durch den südost-europäischen Raum bis nach Istanbul/ Türkei, um in diesem Symbol die **Kulturhauptstädte Europas 2010** – das Ruhrgebiet, Pécs in Ungarn und Istanbul in der Türkei - miteinander zu verbinden.

Auf diesem Weg besucht die Karawane viele weitere Städte auf dem Balkan (siehe Karte). Überall werden mit Beteiligung der einheimischen Bevölkerung Aktionen mit dem Engel der Kulturen umgesetzt. In **Pécs, Sarajevo, Skopje, Istanbul, Banja Luka und Dubica** werden bleibende Bodenintarsien an prägnanten Plätzen installiert.

In den Städten führen die Aktionen zu interreligiösen und interkulturellen Begegnungen. Vielfältige Zeichensetzungen hinterlassen ihre Spuren auf dem Weg und knüpfen so ein Band der Freundschaft und Verständigung zwischen den Beteiligten.



Pécs/ Ungarn



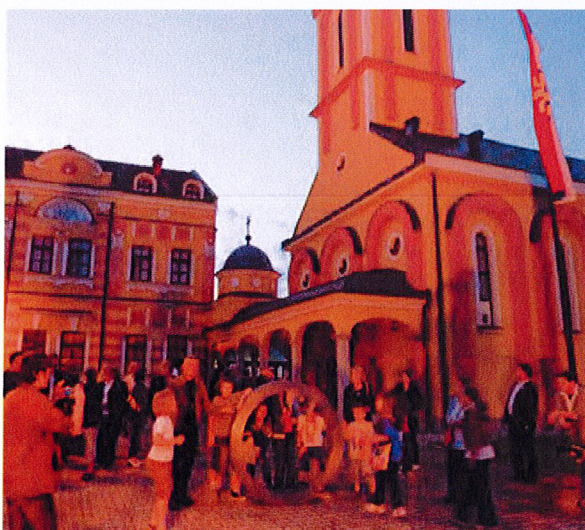
Sarajevo/ Bosnien Herzegovina



Skopje, Mazedonien



Istanbul/ Türkei



Dubica/ Bosnien Herzegovina



Militärgeistliche in Banja Luka



Beteiligung von Schulen

In allen Städten, in denen die Kunstaktion stattfindet, werden junge Menschen/ SchülerInnen einbezogen. Mit dem Bild Engel der Kulturen kann in vielfältig variierender Weise zur Vorbereitung der Teilnahme an der Aktion mit Kindern und Jugendlichen aller Altersstufen der Themenkreis "Multikulturelles, multireligiöses Zusammenleben in gegenseitiger Toleranz, Achtung und Bereicherung" fächerübergreifend erarbeitet werden.

Die SchülerInnen können eigene künstlerische Umsetzungen des Zeichens erarbeiten und Beiträge (Musik, Theater, Wort etc.) vorbereiten, die am Aktionstag gezeigt und aufgeführt werden.



Kunstaktion Engel der Kulturen am EU-Parlament in Brüssel

Bei dieser Aktion im Juni 2012 am EU-Parlament werden wir begleitet von vielen SchülerInnen und weiteren am Projekt interessierten Menschen aus Deutschland. Nachdem wir an der Chapelle pour L'Europe eine Bodenintarsie verlegt haben, bewegen die jungen Leute die rollende Skulptur zum Vorplatz des Parlaments, wo Parlamentspräsident Martin Schulz die Begrüßungsansprache hält. Gemeinsam mit ihm und den Anwesenden erzeugen wir einen Sandabdruck und stellen eine Intarsie für die nächste Station her und somit auch einen Engel, der Teil der Säule wird, die in Jerusalem aufgestellt werden soll. (Informationen, Filme und Fotos zur Aktion auf <http://www.engel-der-kulturen.de/aktuelles.html>)



EU-Parlamentspräsident Martin Schulz :

„Der Engel der Kulturen ist ein Symbol für die europäische Idee, wie es kein besseres geben könnte. Die Skulptur transportiert die Aussage von Respekt und Humanität ... Besser kann man kaum darstellen, wie die Menschen trotz unterschiedlicher Religionen und kultureller Prägungen miteinander verbunden sind.

Am 19. Juni war der Engel der Kulturen in Brüssel. Dort verlegten die beiden Burscheider Künstler den Engel der Kulturen als Bodenintarsie vor der Europakirche. Anschließend rollten sie den Engel von dort bis auf den Simone-Veil-Platz direkt vor das Europäische Parlament, wo mehrere hundert Menschen, vor allem auch junge Leute, der Erzeugung des temporären Sandabdrucks beiwohnten.

Der Zusammenhalt in Europa über politische und kulturelle Grenzen hinaus ist gerade in der heutigen Zeit von größter Bedeutung. In einer Demokratie sind Toleranz und Akzeptanz der Anderen Voraussetzung für ein gelungenes Miteinander.

In diesem Sinne hat mich der Engel der Kulturen sehr bewegt"



Engel der Kulturen®

Atelier Gregor Merten und Carmen Dietrich

Herkensiefen 6

D-51399 Burscheid

Tel. +49(0)2174 – 780258

info@engel-der-kulturen.de

www.engel-der-kulturen.de